

Künftig soll auch besser auf Qigong-Organisationen geachtet werden, die häufig den Charakter von religiösen Sekten einnahmen und daher bei illegalen Aktivitäten entsprechend dem Gesetz zu behandeln seien. Die Partei müsse sich bereits einschalten, bevor es zu illegalen Aktivitäten komme, indem sie suspekten Organisationen sofort auflöse. Hierbei sei allerdings zwischen Betätigungen zu unterscheiden, die ausschließlich der Gesundheit dienen, und solchen, die mit illegalen politischen Aktivitäten verbunden seien. In dem Zirkular wird auch darauf hingewiesen, daß es Kadern, auch pensionierten Kadern, verboten ist, irgendwelchen Organisationen beizutreten, die nicht offiziell registriert sind. (Vgl. *Tai Yang Pao*, Hongkong, 10.5.99, nach SWB, 24.5.99)

Mit diesen Anweisungen reagierte die Partei auf den für sie schockierenden Vorfall, daß Tausende von Anhängern der Falungong-Sekte eine Sitzblockade organisieren und durchführen konnten, ohne daß die Behörden im Vorfeld etwas bemerkt hätten. Von angeblich informierter Seite hieß es, die Falungong-Organisation sei in der Bevölkerung so tief verwurzelt, daß ihr Einfluß sich nicht durch ein oder zwei Rundschreiben ausradieren lasse (ebd.).

Die Angst der Behörden vor einer Destabilisierung der Gesellschaft durch religiöse Aktivitäten hat auch in den Provinzen zur verschärften Kontrolle aller Religionsgemeinschaften geführt. So wurden kürzlich in der Provinz Guangdong die Nachbarschaftsorganisationen, Polizei und Sicherheitsbeamte aufgefordert, Christen und Muslime in ihrer Umgebung genauer zu beobachten. Sie sollen christlichen Familien, die nicht offiziell registriert sind, häufiger Besuche abstatten. Christen und Muslime seien zu observieren und deren Aktivitäten zu melden. Wie es heißt, sollen die christlichen Untergrundkirchen enormen Zulauf haben und die Muslime angeblich den Separatismus unterstützen (SCMP, 24.5.99). Im Hinblick auf die Feiern zum 50. Gründungstag der Volksrepublik, aber auch im Hinblick auf die Jahrtausendwende, die religiöse Sekten in besonderem Maße inspirieren dürfte, wird versucht, alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

So wurde von der Zentrale verfügt, daß ausländische Theologen, die in China lehren wollen und bislang beim Bildungsministerium die Genehmigung dafür einholen mußten, sich künftig beim Religionsbüro und bei der Polizei die Erlaubnis holen müssen. Damit soll besser gewährleistet werden, daß ausländische Theologen keine Mission betreiben, die in China gesetzlich verboten ist (ebd.).

Unabhängig davon verfügte das Staatliche Religionsbüro, daß es Mitgliedern der KPCh nicht gestattet ist, einer Religionsgemeinschaft anzuhängen. Wollten sie Anhänger einer Religion werden, so müßten sie aus der Partei austreten. Wörtlich soll es heißen: „Wenn jemand die Notwendigkeit religiöser Gläubigkeit spürt, dann soll er zuerst aus der Partei austreten, und danach kann er sich seiner Religion zuwenden.“ (SCMP, 24.5.99) Wenn es notwendig ist, eine solche Bestimmung zu erlassen, dann zeigt dies, daß Religion in China offensichtlich weitaus mehr Zuspruch findet als der Partei lieb ist. Immerhin ist es nicht verboten, einer Religionsgemeinschaft beizutreten. Es wird auch respektiert, daß Parteimitglieder sich der Religion zuwenden; beides zugleich - Parteimitgliedschaft und Religionsanhängerschaft - wird jedoch als unvereinbar betrachtet. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 12 Kanzlerreise nach China - ohne Wirtschaftsdelegation

Die Bombardierung der chinesischen Botschaft durch die NATO in Belgrad veränderte Ablauf und Inhalt der geplanten Reise von Bundeskanzler Schröder nach China. Der ursprünglich in der Zeit vom 12. bis 15. Mai stattfindende Besuch sollte vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neue Impulse geben. Bundeswirtschaftsminister Müller sowie eine Wirtschaftsdelegation mit 30 hochrangigen Industrievertretern hatten den Bundeskanzler begleiten sollen. Statt dessen wurde die Reise auf einen eintägigen Arbeitsbesuch des Bundeskanzlers beschränkt, während der Bundes-

wirtschaftsminister und die deutschen Industrievertreter auf einen späteren Besuchstermin im Herbst d.J. vertröstet wurden. (NFA, 11.5.99)

Nach Einschätzung von Jürgen Heraeus, Vorsitzender des Arbeitskreises China beim Asien-Pazifik-Ausschuß, ist die Verschiebung der Delegationsreise der Wirtschaftsvertreter „zwar bedauerlich, aber nicht dramatisch“, da keine größeren Verträge unterzeichnet werden sollten. (HB, 11.5.99) Trotzdem sind mit der Terminverschiebung eine Reihe negativer Wirkungen verbunden. Hierzu zählt beispielsweise, daß Schröder im Rahmen des ursprünglichen Programms bei der Vertragsunterzeichnung über den Bau von zwei neuen Modellen durch VW Shanghai seine Anwesenheit angekündigt hatte. Nun muß der Vertrag über die Fertigung der neuen Modelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt unterschrieben werden. VW erwartet, daß mit dem Beitritt Chinas zur WTO eine stärkere Marktöffnung auch für Fahrzeugimporte verbunden sein und der Wettbewerbsdruck weiter steigen wird. Um den bisherigen Marktanteil von rd. 54% halten zu können, will VW ein neues Passat-Modell im Jahre 2000 und in den folgenden Jahren das Modell Bora und einen Kleinwagen auf Polo-Basis bauen. (HB, 11.5.99)

Weiterhin hatte Bundeswirtschaftsminister Müller der ursprünglichen Reiseplanung nach die neue Außenhandelskammer der deutschen Kaufmannschaft in Beijing einweihen wollen. (HB, 5.5.99) Dies muß nun auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Außerdem soll sich die Position der chinesischen Behörden nach der Bombardierung ihrer Botschaft durch die NATO gegenüber der deutschen Kaufmannschaft verhärtet haben. So wurde zwar die Genehmigung zur Gründung der Handelskammer erteilt, jedoch auf der Vorschrift bestanden, daß der gewählte Kammerpräsident, Jürgen Heraeus, nur akzeptiert wird, wenn er mehr als 183 Tage pro Jahr in China arbeitet. Ob die chinesischen Behörden auf dieser Forderung beharren und Heraeus sein Amt antreten wird, bleibt abzuwarten. (HB, 25.5.99)

Die Vertretung der Interessen der in China aktiven deutschen Unternehmen wird als besonders dringlich ange-

## Entwicklung des deutsch-chinesischen Außenhandels 1994-1998 (in Mrd. DM)

Jahr	Gesamt	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Exporte	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Importe	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Bilanz
1994	25,697	+ 9,8	10,297	- 5,1	15,400	+ 11,5	-5,103
1995	26,596	+ 3,5	10,679	+ 3,7	15,917	+ 3,4	-5,238
1996	28,899	+ 8,7	10,887	+ 1,9	18,012	+13,2	-7,125
1997	32,163	+11,3	10,629	- 2,4	21,534	+19,6	-10,905
1998	34,900	+ 8,5	11,900	+12,0	23,000	+ 6,8	-11,100

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Fachserie 7*, verschiedene Jahrgänge.

sehen. Eine Anfang April d.J. von der Delegation der deutschen Wirtschaft durchgeführte Umfrage weist auf die Unzufriedenheit vieler deutscher Unternehmen mit den Geschäftsbedingungen in China hin. Die Unternehmen beklagten sich insbesondere über hohe Importzölle, uneinheitliche Zollregelungen, Exportquoten und bürokratische Hemmnisse. (HB, 5.5.99)

Heraeus sieht die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen jedoch nicht durch die gegensätzlichen Auffassungen zwischen NATO und der VR China gefährdet. Es handele sich nicht um ein Problem zwischen China und Deutschland. (HB, 11.5.99) Optimistisch äußerte sich der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses von Pierer. So sei China aufgrund des großen Nachfragepotentials nach wie vor sehr attraktiv für deutsche Unternehmen. Zu den Branchen, die sich für eine internationale Zusammenarbeit anbieten, zählte von Pierer mit Blick auf das umfangreiche Infrastrukturprogramm der chinesischen Regierung Energie, Verkehr und Telekommunikation. Aber auch bei Medizintechnik und bei High-Tech-Produkten bestehe ein hoher Bedarf. Von Pierer forderte ein stärkeres politisches Engagement der deutschen Regierung, um im Wettbewerb mit anderen westlichen Ländern bestehen zu können. (NfA, 3.5.99)

Der bilaterale Außenhandel zeigte 1998 mit einem Anstieg um 8,5% gegenüber dem Vorjahr wiederum eine positive Entwicklung. Die deutschen Exporte nahmen um 12% zu, während die Importsteigerung lediglich 6,8% betrug. Damit erhöhte sich das Defizit im Handel mit China erneut und betrug 11,1 Mrd. DM.

Die deutsche Ausfuhr nach China setzte sich 1998 wie folgt zusammen: Maschinen: (Wert der Exporte: 3,867 Mrd. DM) 32%, Elektrotechnik (2,486 Mrd. DM) 21%, Kraftfahrzeuge 12%, chemische Erzeugnisse 7% und sonstige Exporte 28%. Auf der Importseite zählten Bekleidung, Leder und Textilien (6,147 Mrd. DM) mit 27% zu den wichtigsten Einfuhren, auf Importe von Elektrotechnik (4,592 Mrd. DM) entfielen 20%, auf Einrichtung und Schmuck 11%, auf Büromaschinen 9% und auf sonstige Einfuhren 33%. (NfA, 11.5.99)

China ist zwar nach Japan der bedeutendste Handelspartner in Asien, doch entfallen nur 2,8% der deutschen Einfuhren (Platz 11) und 1,3% der Ausfuhren (Platz 18) auf China. (NfA, 6.4.99)

Die Außenhandelsentwicklung verlief in der ersten und zweiten Jahreshälfte 1998 sehr unterschiedlich. Während die Exporte in den ersten sechs Monaten um 25,6% stiegen, konnte in der zweiten Jahreshälfte nur eine Zunahme der Ausfuhren um 2,3% erreicht werden. Auch die Einfuhren fielen in der ersten Jahreshälfte mit einem Anstieg von 10% und in der zweiten Hälfte von 3,8% sehr unterschiedlich aus. (NfA, 11.5.99) -schü-

### 13 Neue Spekulationen um Abwertung

Obwohl die chinesische Regierung auch weiterhin keine Abwertung der Währung durchführen will, hat sich in den letzten Monaten der Devaluierungsdruck verstärkt. Hintergrund hierfür ist die problematische Entwicklung des Außenhandels, die Stagnation der Währungsreserven sowie die allgemeine konjunkturelle Lage.

Daß eine Zunahme der Währungsrisiken im Ausland gesehen wird, spiegelt sich in der Verdoppelung der Prämien für langfristige Termingeschäfte in US\$/Yuan seit April wider. Mitte Mai d.J. stieg beispielsweise der Aufschlag bei Sechsmonatskontrakten auf den Kassakurs um 0,165 Yuan; zwei Wochen zuvor hatte der Aufschlag noch 0,07 Yuan betragen. Der Aufschlag auf den Kassakurs von 8,2784 Yuan:1 US\$ bei Zwölfmonatskontrakten Mitte November letzten Jahres stellte noch eine Abwertung von 2% dar. Nun wird bei einem Anstieg des Aufschlags auf 0,48 Yuan bei diesen Kontrakten von einer Abwertung von 5,5% ausgegangen.

Aus der Sicht von Frank Gong, Währungsanalyst bei der Bank of America, Hong Kong, weist China die Symptome einer überbewerteten Währung auf, nämlich schnell wachsende Importe, rückläufige Exporte und Ausweitung der Deflation. Trotzdem vertrauten nach wie vor viele Teilnehmer an den Finanzmärkten auf die offiziellen Zusagen der chinesischen Regierung, die Währung auch in diesem Jahr nicht abzuwerten. Allerdings würden sich Unternehmen, die sich in China einem Verlustrisiko gegenübersehen, durchaus Sorgen machen und versuchen, ihr Währungsrisiko abzuschern. Hierdurch sei der Anstieg der Risikoprämien bei Währungstermingeschäften vor allem ausgelöst worden, weniger durch Finanzspekulationen. Innerhalb der nächsten drei Monate rechnet Gong damit, daß bei Zwölfmonatskontrakten der Aufschlag auf 0,70 Yuan steigen und dann von einer Devaluierung um 8% ausgegangen wird. (AWSJ, 17.8.99)

Auf einer Konferenz zur Zentralbankpolitik im Mai wiederholte Zentral-

bankpräsident Dai Xianglong mit Hinweis auf die Devisenreserven und Auslandsverschuldung nochmals die Argumente, die gegen eine Abwertung sprechen. Die Schuldenstruktur sei relativ günstig, da von den gesamten Auslandsschulden Dai zufolge nur rd. 12% auf kurzfristige Kredite entfielen. Die Unternehmen mit Auslandskapital seien mit 31% an den gesamten Auslandsschulden, die inländischen Finanzinstitute mit 28,8% und das Finanzministerium mit 28,5% an den Auslandsschulden beteiligt. Den Auslandsschulden stünden Devisenreserven in Höhe von 146,7 Mrd. US\$ gegenüber, ein Volumen, mit dem die Importe von mehr als 12 Monaten gedeckt werden könnten. (XNA, 15.5.99)

Auf die Frage der Abwertung der chinesischen Währung bezieht sich auch ein OECD-Bericht von Mai d.J. Für die chinesische Wirtschaft ergibt sich nach Berechnungen der OECD im Falle einer Abwertung von 20% eine Stärkung der Leistungsbilanz um 12 Mrd. US\$. Die Regierung in China sei sich aus Sicht der OECD dieser Situation bewußt und habe in den letzten Monaten verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um den Abwertungsdruck zu reduzieren. Dazu zählte auch, daß Devisentransaktionen verstärkt kontrolliert wurden, um den illegalen Kapitalabfluß zu verhindern. Seit August letzten Jahres gebe es ebenfalls mehr Formalitäten bei Importen, den Unternehmen sei die vorzeitige Rückzahlung von Devisenkrediten untersagt worden und jedes Akkreditiv mit einer Laufzeit von mehr als 30 Tagen bedürfe der formalen Genehmigung durch Regierungsstellen. (AWSJ, 19.5.99) -schü-

#### 14 Wirtschaftsbeziehungen zu Singapur

Trotz der asiatischen Wirtschaftskrise weist der bilaterale Handel zwischen Singapur und China nach Einschätzung von Ko Khee Hwee, Direktor des Singapore Trade Development Board (TDB), ein großes Entwicklungspotential auf. Der Beitritt Chinas zur WTO wird Ko Khee Hwee zufolge außerdem neue Chancen für singapurische Unternehmen in den Bereichen Finanz- und Rechtsdienstleistungen, Informationstechnologie, Bausektor, Energie und Umwelt bieten.

Die beidseitigen Handelsbeziehungen haben sich nach Statistiken der TDB seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1990 schnell entwickelt. In den ersten vier Monaten d.J. belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf rd. 2,9 Mrd. US\$, ein Anstieg um 2,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode. China wurde im letzten Jahr Singapurs sechstgrößter Handelspartner. Das Volumen der realisierten Investitionen Singapurs in China erreicht inzwischen eine Höhe von 12,2 Mrd. US\$; zugesagt wurden Investitionen von 31,1 Mrd. US\$. (XNA, 29.5.99)

Nach Angaben der chinesischen Zollbehörden lag das Handelsvolumen 1998 bei insgesamt 8,15 Mrd. US\$ und ging damit gegenüber 1997 um 7,2% zurück. Während die chinesischen Exporte im letzten Jahr 3,93 Mrd. US\$ (-9,1%) ausmachten, betrug die Importe 4,22 Mrd. US\$ (-5,4%) (*China aktuell*, Februar 1999, S.157, Tabelle 10: Chinas Außenhandel 1998 nach Regionen und Handelspartnern).

Ein hoher Anteil der Investitionen aus Singapur ist in den Aufbau des Industrieparks in Suzhou geflossen. Der Suzhou Industrial Park wurde 1994 in Angriff genommen und soll inzwischen ausländische Investitionen von insgesamt 6,07 Mrd. US\$ absorbiert haben; rd. 350 Projekte mit ausländischen Unternehmen wurden bereits genehmigt. In einer ersten Phase wurden 11,3 km<sup>2</sup> erschlossen. Die Übertragung von Erfahrungen aus Singapur bezieht sich vor allem auf die Anwendung von Bestimmungen in Bereichen wie Umweltschutz, Personalmanagement und Sozialversicherung. (XNA, 18.5.99)

Um die Handelsbeziehungen weiter auszubauen, plant die TDB in den nächsten Monaten die Entsendung von Handelsmissionen in die Provinzen Yunnan, Zhejiang, Hubei und Shandong sowie in die Metropolen Shanghai und Beijing. Ko Khee Hwee zufolge will Singapur mit China auch im Bereich der traditionellen chinesischen Medizin kooperieren, um gemeinsam das Marktpotential in Südostasien, Europa, den USA, Japan und Südkorea zu erschließen. TDB will außerdem Unternehmen aus Singapur dazu ermutigen, in die Automobilindustrie der Provinz Hubei

zu investieren, insbesondere in die Produktion von Kfz-Teilen. Weiterhin sieht Ko Khee Hwee ein größeres Potential durch die Ausweitung der Agrarimporte aus China. (XNA, 29.5.99) -schü-

#### 15 Struktur der Auslandsinvestitionen 1998

Ende Mai d.J. wurden Auszüge aus einem Bericht der Staatlichen Industrie- und Handelsbehörde über die Struktur der Auslandsinvestitionen im Jahre 1998 von der *China Business Times* veröffentlicht. In dem Bericht wird einerseits deutlich, daß es der Regierung auch 1998 nicht gelungen ist, größere Kapitalströme in die Zentral- und Westregion zu leiten. Andererseits weist die hohe Anzahl der Liquidierungen von Joint Venture-Unternehmen in dem Bericht auf enorme Probleme der ausländischen Investoren in China hin.

Die Gesamtzahl der neu gegründeten Unternehmen mit Auslandskapital wird in dem Bericht mit 18.674 angegeben, ein Rückgang um 3,23% gegenüber 1997. Diese Unternehmen wiesen ein registriertes Kapital in Höhe von 31,93 Mrd. US\$ auf, 13,55% weniger als 1997.

Auf sechs Provinzen und regierungsunmittelbare Städte entfielen 65% der Auslandsinvestitionen. Die Provinz Guangdong lag wieder an erster Stelle, Shanghai, Jiangsu, Fujian, Liaoning und Shandong folgten in der Rangliste. Die Provinzen der Zentralregion konnten 2.233 Projekte absorbieren, ein Rückgang um 12% gegenüber 1997. Das Volumen der Auslandsinvestitionen in diesen Provinzen betrug 2,55 Mrd. US\$, dies waren 26% weniger als 1997. Noch geringer fiel der Kapitalzustrom in die Provinzen der Westregion aus. Diese wiesen insgesamt 894 Projekte (-15,42%) mit einem Investitionsvolumen von 1,42 Mrd. US\$ (+2,59%) auf.

Im Verlauf des letzten Jahres stellten rd. 26.400 Unternehmen mit Auslandskapital einen Antrag auf Liquidierung des Unternehmens. Davon wurden 19.884 abgewickelt, eine Rekordzahl in einem einzigen Jahr und mehr als das Doppelte als im Jahr 1997. Damit wurden erstmals mehr

Unternehmen liquidiert als neu gegründet.

Als Ursachen werden im Bericht insbesondere die striktere Kontrolle der Unternehmen mit Auslandskapital durch die Aufsichtsbehörden sowie Probleme der Unternehmen als Folge der Asienkrise genannt, die diese zum Rückzug aus China gezwungen hätten.

Dem Bericht zufolge handelte es sich bei den liquidierten Unternehmen zu einem großen Teil um sogenannte „falsche ausländische Teufel“ (*jia yang guizi*), die zu 100% durch Kapital aus China finanziert worden waren. Festlandchinesisches Kapital war zu diesem Zweck über Hongkong, die USA oder über andere Länder zurück nach China geleitet worden, um dann die Vergünstigungen eines Unternehmens mit Auslandskapital in Anspruch nehmen zu können. Oft wiesen diese Unternehmen keine tatsächliche Geschäftsaktivität auf.

Die hohe Zahl der Unternehmensliquidierungen führte dazu, daß die Gesamtzahl der Unternehmen mit Auslandskapital im letzten Jahr um 3,34% gegenüber 1997 auf 227.800 zurückging.

1998 gingen vor allem die Auslandsinvestitionen aus dem asiatischen Raum zurück. Dem Bericht zufolge investierte Japan lediglich 984 Mio. US\$ (-33,55%), Singapur 959 Mio. US\$ (-51%), Südkorea 501 Mio. US\$ (-46,07%) und Malaysia 115 Mio. US\$ (-55%). Diese Einbrüche konnten durch einen Anstieg der Investitionen aus Taiwan, den USA, Kanada und Deutschland teilweise kompensiert werden (keine näheren Angaben dazu). Allerdings gingen auch die Investitionen aus Großbritannien um 54,03% (448 Mio. US\$) und aus Frankreich um 73,64% (keine Angabe des Wertes) zurück.

Ende 1998 war Hongkong mit einem Anteil von 53,46% an den Projekten nach wie vor der wichtigste Investor, dann folgten Taiwan (12,13%), die USA (8,48%), Japan (6,36%), Südkorea (3,69%), Singapur (2,89%), Macau (2,19%) und Kanada (1,25%). (SCMP, 31.35.99)

Daß Auslandsinvestoren in China mit vielen Problemen konfrontiert sind, davon berichtet auch ein Artikel in der *South China Morning Post* vom

3.5.99, der sich auf Vorträge auf dem China Business Summit bezieht. Anstatt für ausländische Unternehmen neue Partner in China zu suchen, seien Beratungsunternehmen derzeit stärker mit der Liquidierung bestehender Joint Venture-Unternehmen beschäftigt. Nur Rechtsanwälte wiesen eine Boomphase auf, da sie verstärkt in Rechtsstreitigkeiten von Joint Venture-Unternehmen vermitteln und den rechtlichen Rahmen für die großen Infrastrukturprojekte entwerfen müßten. Daneben sei die Nachfrage nach Buchprüfern gestiegen, die von Auslandsunternehmen zur Bewertung der Bilanzen möglicher chinesischer Partner benötigt würden.

Für viele multinationale Unternehmen, die in den 80er Jahren nach China gegangen sind, ständen nunmehr Entscheidungen über eine mögliche Schließung von Unternehmen an, wenn diese keine Gewinnaussichten böten. Der Druck auf die Manager von Gemeinschaftsunternehmen, Gewinne vorzuweisen, sei enorm gestiegen im letzten Jahr. Ein Schritt auf diesem Weg stellt die Kostenreduzierung dar, insbesondere von Personalkosten für ausländische Manager. -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 16 Standardisierung des öffentlichen Vergabewesens

Um die Produktionskosten zu senken, will die Regierung bei der Vergabe von Aufträgen der staatseigenen Unternehmen eine Standardisierung der Auftragsvergabe einführen. (Siehe auch die Übersicht „Staatsunternehmen weisen erstmals seit drei Jahren Nettogewinne auf“ in *China aktuell*, April 1999, S.342) Nach Aussage von Zheng Silin, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, soll diese Entscheidung die Reform der staatseigenen Unternehmen unterstützen und dazu beitragen, ihre Effizienzprobleme zu lösen.

Verschiedene Provinzen, darunter Shandong, Hebei und Fujian, sol-

len bereits erste Erfahrungen mit der Standardisierung der öffentlichen Auftragsvergabe gemacht haben. Beispielsweise sollen in Shandong im letzten Jahr 65 Staatsunternehmen das System eingeführt und damit ihre Produktionskosten um 2,03 Mrd. Yuan - einem Wert, der 47% ihrer Gewinne entspricht - reduziert haben. (XNA, 16.5.99)

Die vorläufigen Bestimmungen zur öffentlichen Auftragsvergabe, die kürzlich vom Finanzministerium herausgegeben wurden, dienen als Rahmenrichtlinie und umfassen auch internationale Normen. Sie sollen dem Ziel dienen, ein offenes und faires System der öffentlichen Auftragsvergabe aufzubauen. Mittelfristig will China den Markt für öffentliche Aufträge im Rahmen des WTO-Beitritts sowie gegenüber den Mitgliedern der APEC öffnen. Die vorläufigen vom Finanzministerium veröffentlichten Richtlinien können entsprechend den lokalen Bedingungen durch Bestimmungen von Lokalregierungen ergänzt werden. (XNA, 27.5.99)

Die Beijinger Lokalregierung hat Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe entworfen, die zum 1. Juni 1999 in Kraft treten werden. Die Bestimmungen beziehen sich auf Fragen der öffentlichen Ausschreibung, Überwachung der Ausschreibung, rechtliche Verbindlichkeiten der Bieter und Verkäufer etc. Auf der Liste für öffentliche Ausschreibungen sollen beispielsweise Fahrzeuge, Motorräder und Personalcomputer stehen. Weiterhin sind auf der Liste Ausrüstungen mit einem Stückpreis von über 100.000 Yuan, Ausschreibungen über Arbeitsdienstleistungen, öffentliche Infrastruktur, Fahrzeugwartung und jeder sonstige Kauf mit einem Wert von über 300.000 Yuan aufgeführt. (XNA, 27.5.99) -schü-

### 17 Abwicklung uneinbringlicher Kredite durch Vermögensverwaltungsgesellschaften

Um das Vertrauen in das chinesische Bankensystem bei den Einlegern und ausländischen Investoren zu stärken, wurde im letzten Jahr mit der Rekapitalisierung der Banken begonnen. Ziel dabei ist es, die Eigenkapitalquote der